

Ortsamt Burglesum XVIII. Beirat
Niederschrift über die 40. Beiratssitzung am 21. Oktober 2014
Saal des Schulzentrums an der Bördestraße, Bördestraße 10, 28717 Bremen
Beginn 19:00 Uhr – Ende Uhr 21:10 Uhr

Anwesend waren

die Damen und Herren Beiratsmitglieder

R. Hennig, B. Köhlitz, I. Lauterbach-Wenig, R. Kurpjuhn, H. Große-Lindemann,

A. Strausdat -

B. Hornhues, M. Hornhues, B. Strecker, H. Lürßen -

B. Punkenburg, E. Friesen -

A. Müller-Lang -

R. Tegtmeier -

F. Rath –

Frau Karin Jahn, Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen

Vorsitzender: Herr Ortsamtsleiter Boehlke

Protokoll: Frau Hell-Nogai

*

Herr Boehlke eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden.

Die vorgeschlagene Tagesordnung wurde mit der Einladung des Ortsamtes am 10.10.2014 verschickt.

Änderungsanträge zur Tagesordnung liegen nicht vor.

Die Tagesordnung wird einstimmig beschlossen.

TOP 1: Wünsche und Anregungen der Bürger/innen

1.1: Rollstuhlfähiger Zugang zum Lesumer Hafen

Herr Fritz Benjes (schriftlich):

Als ich vor einigen Tagen einen Freund im Rollstuhl zum Lesumer Hafen fuhr, hatte ich hiermit große Schwierigkeiten auf dem Kopfsteinpflaster am Lesumer Hafen unterhalb des Admiral –Brommy- Weges. Im Hinblick auf den Zugang zum öffentlichen Anleger an der Lesum und dem Dixieland-Fest halte ich es für sinnvoll, hier eine für Rollstühle, Rollatoren und Kinderwagen gerechte Zuwegung zu schaffen. Hierbei bietet sich die Möglichkeit an, entweder auf dem Kopfsteinpflaster einen Asphaltstreifen oder daneben einen Weg aus Feinsplitt anzulegen.

1.2: Verbindungsweg zwischen Iisabeenstift und Blumenkamp

Frau Marie Fritze bemängelt, dass der Weg bei heftigeren Regenfällen aufgrund starker Pfützenbildung nicht mehr begehbar ist.

1.3: Flächennutzungsplan und Landschaftsprogramm

Herr Hincke weist darauf hin, dass die in den Plänen ausgewiesenen Ausgleichsflächen nun nicht mehr freiwillig von den Eigentümern zur Verfügung gestellt werden sollen, sondern nun von Seiten der senatorischen Behörde auf den Enteignungsparagrafen verwiesen wird. Er glaubt, dass seitens der Behörde das Verfahren verschleiert wird und hält eine politische Moderation für dringend notwendig.

TOP 2: Ergebnisse der Wahl zum 3. Kinder- und Jugendbeirat Burglesum

Hierzu eingeladen: Mitglieder des Kinder- und Jugendbeirates

Herr Boehlke begrüßt einen Teil der gewählten Mitglieder.

Mittels Power-Point-Präsentation schildert **der Vorsitzende** die Wahl zum 3. Kinder- und Jugendbeirat (s. Anlage 1)

Birte Schwichtenberg, Jan Schwichtenberg, Yannik Schnaubelt, Solveig Kahlenberg und **Nils Heide** stellen sich vor.

Der Beiratssprecher **Martin Hornhues** gratuliert den neuen Mitgliedern des Kinder- und Jugendbeirats.

Frau Hornhues möchte wissen, wann der erste Flyer verschickt wurde. Bei ihrer Tochter ist dieser nicht angekommen. Herr Boehlke teilt mit, dass der Flyer nicht verschickt wurde sondern verteilt und ausgelegt wurde.

Herr Rath fragt nach dem Wahlergebnis und möchte wissen, warum keine Einzelergebnisse bekannt gegeben werden.

Die Mitglieder des Kinder- und Jugendbeirates haben sich aufgrund der sehr unterschiedlichen Einzelergebnisse gemeinsam dafür entschieden, keine Einzelergebnisse bekannt zu geben, weil es nur entscheidend ist, dass man gewählt wurde.

Herr Strecker regt an, einen Rechenschaftsbericht durch den Kinder- und Jugendbeirates vorstellen zu lassen, damit die Bürgerinnen und Bürger darüber informiert werden, wie die zur Verfügung gestellten Beiratsmittel in Höhe von 10.000€ für Kinder- und Jugendprojekte verwendet wurden.

Der Beirat nimmt Kenntnis und bittet um einen Rechenschaftsbericht über die Arbeit des Kinder- und Jugendbeirates 2014.

TOP 3: Hortplatzversorgung im Stadtteil Burglesum (aktuelle Versorgungslage und perspektivische Ausrichtung)

Hierzu eingeladen: AfSD, SKJF

Herr Boehlke teilt mit, dass sich die Vertretung des Amtes für Soziale Dienste entschuldigen lässt und auf die aktuelle Lage verweist, nach der keine unversorgten Schulkinder für Burglesum an das Amt gemeldet wurden.

Ein Vertreter / eine Vertreterin der Senatorin für Soziales, Kinder, Jugend und Frauen ist nicht erschienen trotz mehrfacher anfragen.

Herr Boehlke verweist einleitend auf die Initiierung des Themas durch einen Antrag der Fraktion Die Linke und schildert die aktuelle Situation:

Laut dem Statusbericht II (Stand Mai 2014) gibt es ein geplantes Platzangebot von 252 für Grundschulkindern und 22 für ältere Schulkinder.

Bestätigte Anmeldungen sind 248 Grundschulkindern und 22 ältere Schulkinder. Es gibt noch 4 freie Plätze.

Allerdings liegt in Burglesum die Nachmittagsbetreuung bei 45,6 % (Neustadt bei 96,9 %).

Demnach kann man mutmaßen, dass ein Teil der Kinder eine Nachmittagsbetreuung durch die Eltern oder anderweitig erhält, aber auch ein weiterer Teil unterversorgt ist und die Eltern gerne eine Nachmittagsbetreuung in Anspruch nehmen würden.

Klarheit könnte der Statusbericht III geben, der aber noch nicht ausgewertet wurde. (voraussichtlich geschieht dies Ende November). Der Beirat forderte stets eine bedarfsgerechte Hortplatzversorgung, solange eine Versorgung durch Ganztagschulen nicht gewährleistet werden kann.

Frau Hornhues kritisiert, dass kein Vertreter des Sozialressort vor Ort ist. Sie möchte gerne wissen, wo die Kinder geblieben sind, die keinen Hortplatz in Schulumgebung zugewiesen bekommen haben. Werden Sie privat betreut, arbeiten die Eltern weniger?

Eine Vertreterin einer Kita-Einrichtung teilt mit, dass zur Zeit 22 nichtversorgte Schulkinder in Marßel sind und widerspricht damit den offiziellen Zahlen. Es müssen vor Ort Hortplätze vorhanden sein. Es nutzt nichts, dass ein Kind, das in Marßel zur Schule geht, z.B. in St. Magnus einen Platz bekommen könnte. Wer soll dieses Kind dort hinbringen nach Schulschluss.

Herr Hennig stellt fest, dass die Zahlen vom Amt nicht korrekt sind. **Herr Hornhues** stellt ebenfalls fest, dass die Zahlen nicht stimmen können. Es kann eigentlich nur das Nichterscheinen aufs schärfste verurteilen und erwartet, dass Vertreter der Sozialbehörde die Zahlen erläutern, sie zur Zeit nur künstlich schön gerechnet werden.

Herr Rath möchte wissen, warum die Kitas die Zahlen nicht an die Behörde weiter leiten, dann könnten die Zahlen nicht stimmen. **Eine Vertreterin einer Kita-Einrichtung** teilt mit, dass dies durch die Kita auch getan wird. Allerdings werden Daten nicht weitergeben, wenn Eltern z.B. in Marßel das Kind betreuen lassen möchten und nicht an einem Platz in einem anderen Stadtteil interessiert sind.

Herr Hornhus trägt einen Beschlussvorschlag vor.

Beschluss (einstimmig)

Der Beirat Burglesum verurteilt das Nichterscheinen eines Vertreters / einer Vertreterin der Senatorin für Soziales, Kinder, Jugend und Frauen.

Der Beirat hält an seiner bereits formulierten Forderung fest, eine bedarfsgerechte Bereitstellung von Hortplätzen ab 2015 im Stadtteil sicherzustellen, solange der Ausbau von Ganztagschulen noch nicht abgeschlossen ist.

Ferner wird die Senatorin für Soziales, Kinder, Jugend und Frauen aufgefordert, die Beratung und Betreuung der Eltern, deren Wunsch nach einem Hortplatz nicht entsprochen werden kann, zu verbessern, um eine möglichst hohe Betreuungsquote zu erzielen und die vorhandene Dunkelziffer zu reduzieren.

Der Beirat überweist das Thema zur weiteren Beratung an den Ausschuss für Soziales, Jugend und Senioren für die geplante Sitzung am 02.12.2014 und erwartet dort eine Vertretung der Senatorin für Soziales, Kinder, Jugend und Frauen um die unterschiedlichen Informationsstände aufzuklären.

Herr Boehlke schlägt den Beiratsmitgliedern vor, die TOP's 5-7 vorzuziehen, weil die Referentin Frau Jahn vom Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen sich verspäten wird. Die Beiratsmitglieder sind einverstanden.

TOP 5: Mitteilungen des Ortsamtes (vorgezogen)

Herr Boehlke erinnert daran, dass morgen der Sprecherausschuss um 9:00 Uhr stattfindet.

TOP 6: Mitteilungen des Beiratssprechers (vorgezogen)

Herr Hornhues teilt mit, dass die Sitzung des Ausschusses für Beiratsangelegenheiten wiederholt kurzfristig abgesagt wurde. Die senatorischen Dienststellen sind immer noch nicht in der Lage ein Gutachten zum Beirätegesetz zu kommentieren.

Die Beiräte der Ortsamtsbereiche West und Burglesum sind sich einig, dass die Entwicklung des Industrieparks nicht nur durch eine Monokultur im Bereich Umwelt und Entsorgung ausgerichtet werden soll. Noch in diesem Jahr wird eine gemeinsame Beiratssitzung stattfinden.

Herr Hornhues berichtet über die Fahrt von Vereinsvertretern und Beiratsmitgliedern in die Partnerstadt Ilsenburg.

Herr Hennig verlässt um 20:05 Uhr den Sitzungssaal.

TOP 7: Wünsche und Anregungen in stadtteilbezogenen Angelegenheiten (vorgezogen)

7.1: **Herr Friesen** teilt mit, dass der Fußweg an der alten Burgdammer Straße zugewachsen ist.

7.2 **Herr Friesen** teilt mit, dass am Steindamm Brombeerranken in den Fußwegbereich hineinwachsen.

7.3 **Herr Rath** kritisiert, dass viele Gehwege durch nicht zurückgeschnittene Hecken von Privatgrundstücken zugewachsen sind und möchte, dass der zuständige Kontaktpolizist sich darum kümmert. Herr Boehlke bittet, nach der Sitzung konkrete Adressen zu nennen.

TOP 4: Zukunft der Förderung von regionalen Netzwerken

Hierzu eingeladen: SWAH, betroffene Einrichtungen

Herr Boehlke begrüßt Frau Karin Jahn vom Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen (SWAH) und Frau Claus von der Bras sowie weitere Vertreter der sozialen Einrichtungen (im Publikum).

Herr Hennig betritt um 20:10 Uhr wieder den Sitzungssaal.

Herr Boehlke verweist auf ein Schreiben vom SWAH an die Beiräte. Darin wird der Auslauf der Förderung der regionalen Netze zum 31.12.14; verlängert bis Mitte 2015, angekündigt. Viele Einrichtungen im Stadtteil profitieren vom Netzwerk und stoßen bei einem Wegfall an den Rand ihrer Existenz. Die Arbeit der regionalen Netzwerke ist daher von besonderer Bedeutung und darf nicht wegfallen. Er fragt Frau Jahn, wie dies zukünftig gewährleistet wird.

Frau Jahn schildert den aktuellen Sachstand und die perspektivische Ausrichtung. Dem SWAH ist die sozialräumliche Ausrichtung der Beschäftigungsförderung nach wie vor ein wichtiges Anliegen. In der neuen ESF-Förderperiode werden neben den sozialräumlichen Instrument „LOS“ auch lokale Förderzentren, regionalisierte Beratungsangebote und sozialräumliche Modellvorhaben und Vorhaben für besondere Zielgruppen gefördert werden.

Zusammen mit dem Jobcenter plant der SWAH ab Mitte April 2015 in benachteiligten Sozialräumen für die Zielgruppe der besonders vermittlungsfernen Personen Plätze in niederschweligen lokalen Anlauf- und Aktivierungszentren zur Verfügung zu stellen und zu fördern. Bestandteil wird auch eine Erprobung von Beschäftigung in lokalen Einrichtungen sein. Jedoch in einem zeitlich geringem Umfang. Ziel muss es dabei

sein, die Menschen, die für Förderangebote kaum mehr erreichbar sind, wieder stärker an der Gesellschaft teilhaben zu lassen.

Der Umfang der sozialräumlichen arbeitsmarkt- und sozialpolitischen Angebote des SWAH soll in der ESF-Förderperiode ausgebaut werden. Teilhabeorientierte und tagesstrukturierte Angebote sollen qualifizierende und beschäftigungsorientierte Angebote folgen mit dem Ziel einer existenzsichernden Beschäftigungsaufnahme. Die jetzigen Förderbedingungen von Arbeitsgelegenheiten sind für diesen Ansatz nicht geeignet.

Ab Januar 2015 besteht in der neuen ESF-Förderperiode keine Möglichkeit mehr, Aufwandsentschädigungen aus Mitteln des Landes zu fördern. Für 2015 muss vor einer weiteren Konkretisierung die Planung finanziell abgesichert werden und in einem Verfahren vergeben werden. Im Spätherbst kann gerne eine Konkretisierung erläutert werden.

Herr Andreas Tesch, Quartierskoordinator des Nachbarschaftshaus Marßel Bremen e.V., Frau Ilse Duhr von der Katzenhilfe Bremen e.V. und Frau Silvia Claus von BRAS e. V. schildern die Arbeit ihrer Einrichtungen und wie wichtig die In-Jobs dafür sind.

Weitere Wortmeldungen und Diskussion von **Herrn Hornhues, Herrn Hennig, Frau Punkenburg** und **Herrn Tegtmeier**. Es herrscht Einigkeit darüber, dass die Arbeit der regionalen Netze abzusichern ist und in den Quartieren beibehalten wird.

Beschluss: (einstimmig)

Der Beirat Burglesum fordert den Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen auf, zusammen mit dem Jobcenter und den betroffenen Beschäftigungsträgern Lösungen zu finden, um die bisherige gesellschaftlich notwendige Arbeit der regionalen Netze abzusichern und nahtlos ab Mitte 2015 in den Quartieren fortzuführen.

Vor allem in den sozial benachteiligten Gebieten in Marßel und in Grambke ist der Einsatz von Maßnahmenträgern von sehr großer Bedeutung und muss im bisherigen Umfang gewährleistet bleiben.

Herr Boehlke schließt die Sitzung um 21:10 Uhr.

gez. Boehlke
Vorsitzender

gez. Hornhues
Beiratssprecher

gez. Hell-Nogai
Protokoll